Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 1

Artikel: Die Tschechoslowakei : ohne Minderheiten : die Absurdität des Prinzips der Kollektivverantwortung

Autor: Bohemicus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335961

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wir wollen es uns im jetzigen Zeitpunkt versagen, zu den Einzelheiten der hier in deutscher Übertragung wiedergegebenen Dokumente Stellung zu nehmen. Doch möchten wir unseren Überblick nicht abschließen, ohne uns gegen die hie und da aufgetauchte defaitistische Ansicht vom bereits unvermeidlichen, unrühmlichen Ende der Vierten Republik zu wenden. Noch hat de Gaulle nicht gesiegt, und den Umgruppierungen in der französischen Arbeiterbewegung ist gewiß das eine gemeinsam, daß sie von Männern getragen werden, die entschlossen sind, die Freiheit und den Frieden zu verteidigen und den Sozialismus zu gewinnen.

BOHEMICUS

Die Tschechoslowakei — ohne Minderheiten

Die Absurdität des Prinzips der Kollektivverantwortung

> *« . . . Niemand, der seine patriotische Pflicht getan hat, und insbesondere jene unter unseren Deutschen und Ungarn, die mit uns von Anbeginn gegangen sind und die jetzt mit uns gehen, haben irgend etwas zu fürchten . . . »*
>
> *Dr. Eduard Benesch, 3. Februar 1944.*

> *« . . . Sicherlich haben 5 oder 8 Prozent der Deutschen mit uns gefühlt, und einige haben auch an unserer Seite gekämpft . . . Aber das ist einmal schon so, daß während einer Revolution eine gewisse Gruppe anständiger Menschen mit jenen zusammen leiden muß, die ihr Schicksal verdienen . . . »*
>
> *Dr. Eduard Benesch, 17. Dezember 1946.*

Nichts charakterisiert besser die Tragödie, die sich seit zweieinhalb Jahren im Herzen Europas abspielt, als der Widerspruch, der zwischen den beiden oben zitierten Äußerungen des gleichen Mannes klafft. Obwohl sich das alles mitten in Mitteleuropa abspielt, will die Umwelt, sei es, weil sie vom Übermaß des Grauens der letzten Jahre abgestumpft ist, sei es, weil das schlechte Gewissen und die allgemeine Unlust, beliebte Vorstellungen zu revidieren, im Wege stehen, nichts davon hören und nichts davon wissen. Tragödien, die keinen Sensationswert haben und denen man keine Katastrophentitel abgewinnen kann, werden lieber totgeschwiegen. Doch was für die Bürgerwelt gilt, darf dort nicht toleriert werden, wo die sozialistische Solidarität zum Sprechen zwingt!

Niemand kann sich darüber wundern, wenn die Massen des tschechischen Volkes nach all den fürchterlichen Erfahrungen der letzten Jahre nach der radikalsten Lösung der deutschen Frage verlangen und wenn ihnen diese eben noch gerade radikal genug erscheint. Niemanden kann es überraschen, wenn über die Stränge gehauen,

wenn ungerecht generalisiert wird, wenn als Folge mangelnder Informiertheit Unschuldige mit Schuldigen leiden. Aber was durch nichts verteidigt oder auch nur beschönigt werden kann, ist, daß die Beraubung unschuldiger Menschen, die Annulierung ihrer primitivsten Menschenrechte, ihre absolute Rechtlosmachung das Resultat von kaltblütig und leidenschaftslos am Beratungstisch gefaßten Maßnahmen, daß es das bewußt gewollte und planmäßig herbeigeführte Ergebnis eines Regierungsprogramms ist. Die Politik der neuen Tschechoslowakei gegen ihre nationalen Minderheiten legt die Absurdität der These von der kollektiven Verantwortung einer Menschengruppe bloß. Der Nazidoktrin zufolge waren alle Juden «Verbrecher», alle Slawen «rassisch minderwertig». Der Nazismus ist tot, aber seine Gedankengänge vergiften Denken und Fühlen vieler seiner Gegner: die führenden tschechoslowakischen Staatsmänner gehen von der Annahme aus, daß alle Deutschen irgendwie schlecht sind, daß alle Ungarn naturnotwendig ihre Gegner sind, und daß die Tschechoslowakei offenbar dem Ansturm des internationalen, vom deutschen geführten Faschismus 1938/39 besser widerstanden hätte, hätte sie nicht nationale Minderheiten in ihren Grenzen gehabt. Das muß nun anders werden; jetzt darf es nur noch Tschechen und Slowaken geben, und wenn es schon andere gibt, dann muß man sie rechtlos machen. Die Konsequenzen sind grotesk: weil viele Deutsche am tschechischen Volk Verbrechen begangen haben, werden auch jene Deutschen, die aktiv *gegen* diese Verbrechen gekämpft haben, des Wahlrechts beraubt. Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Aber ist das eine Methode, die international gesinnte Sozialisten gutheißen oder doch verzeihlich finden können?

*

Um die Minderheitenpolitik der neuen Tschechoslowakei zu begreifen, muß man ein wenig die Zusammenhänge kennen, die sich aus der Kriegszielpolitik der großen Alliierten ergeben. In der ersten Zeit nach dem Ausbruch des Krieges haben sich die exilierten Repräsentanten der Tschechoslowakei mit vagen Andeutungen begnügt, daß es in dem befreiten Staat «zu einer neuen, fruchtbaren Zusammenarbeit der Deutschen und Tschechen und zu einer neuen Vertiefung gegenseitiger Beziehungen der beiden durch gemeinsames Leiden neu angenäherten Völker kommen» werde. (Dr. Benesch, November 1939.) Damals hatte man auch in Großbritannien und Frankreich nur ganz unklare Vorstellungen von dem Nachkriegseuropa, das man sich erträumte. Als dann später von England aus Föderationspläne in Europa teils angeregt, teils nur gefördert wurden (Polen–Tschechoslowakei, Jugoslawien–Griechenland), ließen Benesch und seine Regierung die Alliierten wissen, daß sich in das Bild *dieses* neuen Europa die Existenz größerer deutscher Minderheiten in einem vorwiegend slawischen Block nicht einfügen lasse; vorsichtig, als eine Art Versuchsballon, wurde die Möglichkeit der Entfernung eines größeren oder geringeren Teils dieser Minderheiten in die Debatte geworfen. Von den westlichen Verbündeten kam ein nicht zu energischer Protest. Der Standpunkt der Sowjetunion war lange unbekannt, bis Molotow im Mai 1942 in London ein entschiedenes «Nein» sagte. Die Kommunisten, die damals noch einen «ideologischen Krieg gegen Hitler» führten, verhielten sich lange ablehnend, so daß die Idee von tschechischer Seite nur gedämpft vorgetragen wurde. Noch Ende 1943 schrieb der kürzlich in seinem Berliner «Exil» verstorbene Führer der Sudeto-Kommunisten, Gustav Beuer, in einer Broschüre: «Wir sind gegen Aussiedlungspläne und haben das ausgesprochen.» Die Situation änderte sich vollkommen,

als Stalin die Parolen änderte, den Krieg als Befreiungskrieg der slawischen Völker gegen den germanischen Erbfeind proklamierte und Benesch von Moskau aus zum erstenmal das Schlagwort gebrauchte (Dezember 1943), die neue Tschechoslowakei werde ein «Nationalstaat der Tschechen, Slowaken und Karpatho-Ukrainer» werden. (Die Karpatho-Ukraine wurde inzwischen der Sowjet-Ukraine angegliedert, so daß der dritte Partner des geplanten Nationalstaates in Wegfall kam). Aber selbst in diesem slawischen Nationalstaat wollte man damals noch den zum Unterschied von den auszutreibenden Nazi im Lande verbleibenden deutschen Demokraten volle Bürgerrechte und sogar besondere politische Aufgaben geben. Noch am 8. Oktober 1944 erklärte Minister Ripka in London:

> «Die Deutschen, die ihre Treue im Kampf für die Befreiung der Republik bewiesen haben, werden sicher auch ihre politisch konstruktive Rolle bei ihrem Aufbau auf gänzlich neuen Grundlagen erweisen. Wir erblicken in den demokratischen tschechoslowakischen Deutschen loyale Mitarbeiter und werden weiter mit ihnen zusammenarbeiten in dem erprobten Geist gegenseitigen Vertrauens und gegenseitigen Verständnisses.»

*

Von diesen Versprechungen ist nicht viel übriggeblieben, kaum viel mehr als nichts. Liegt der Grund dafür wirklich in nichts anderem als dem unwiderstehlichen Wunsch des tschechischen Volkes, die Deutschen ohne Unterschied zu bestrafen? Oder liegt hier nicht eher eine geschickte Ausnützung an sich verständlicher Leidenschaften, eine Ausnützung zu Zwecken ganz anders gearteter Natur, vor? Der Deutschenhaß ist da. Er ist ein angenehmer Vorwand, konstruktive Lösungen, die sachlich notwendig wären, aber nicht einfach sind, zu vertagen. Er ist aber vor allem eine politische Plattform, von der aus man geschickter um die Seele des Volkes kämpfen kann als ohne sie. Die Geschichte der neuen Tschechoslowakei ist – wir vernachlässigen da die wesentlich komplizierteren Verhältnisse in der Slowakei – im Grunde die Geschichte eines Kampfes zwischen Benesch und den Kommunisten um die führende Rolle. Als Benesch 1945 über Moskau und Kiew nach Hause zurückkehrte, fühlte er die Notwendigkeit, eine Parole zu haben, die ihm den Kampf um den Primat mit den Kommunisten ermöglicht, ohne daß er die wahren Differenzen, die er mit ihnen hat, betonen oder auch nur erwähnen müßte. In dieser Situation waren die Deutschen die beliebten Prügelknaben: Beneschs engere Anhänger (die nationalen Sozialisten) und die Kommunisten überboten einander in Äußerungen eines intransigenten Deutschenhasses, und am Lizitieren beteiligten sich die tschechischen Kollaborationisten aus der Kriegszeit, die durch überlaute Ablehnung alles Deutschen die unmittelbare Vergangenheit ihrer Zusammenarbeit mit den schlechtesten Deutschen vergessen machen wollten. Es ist eine alte sozialistische Erkenntnis, daß die Bourgeoisie das natürliche Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Angehörigen einer Nation, die selbstverständliche Liebe des Menschen zur Heimat, ausnützt und mißbraucht für ihre politischen Zwecke. Die kommunistische Taktik etwa seit 1943 in allen Ländern ist ein Versuch, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, das Monopol der Bourgeoisie auf Auswertung des Nationalgefühls zu brechen und mittels Aufpeitschung nationalistischer Instinkte die Seele dieses oder jenes Volkes zu erobern. Man kann nicht sagen, daß diese Taktik erfolglos war. Im Falle der Tschechen ist es den Kommunisten gelungen, die Abneigung weiter Schichten des

Kleinbürgertums gegen sie zu überwinden, indem sie ihnen unermüdlich einbleuten, sie seien gar nicht die bösen Bolschewisten, sondern brave tschechische Nationalisten, denen man helfen müsse, den deutschen Erbfeind zu bekämpfen, während im internationalen Maßstab wieder die befreundete Sowjetunion – kein klassenkämpferisches Gebilde, sondern eine slawische Großmacht – die einzige sei, die der deutschen Hydra den Kopf abzuschlagen vermöge. Um so argumentieren zu können, mußte man die Verdienste deutscher Antifaschisten, auch der kommunistisch gesinnten, um die Befreiung der Tschechoslowakei ableugnen oder zumindest totschweigen, und in diesem Punkte fiel den tschechischen nationalen Sozialisten, die keine deutschen Genossen zu verleugnen haben, die Konkurrenz nicht schwer. Benesch persönlich mußte freilich alles, was er jemals im Leben an anerkennenden Worten an die Adresse deutcher Demokraten gesagt hatte, abschwören, und er tat das sehr gründlich mit dem Übereifer des Mannes, der mit den deutschen Demokraten einen Teil seiner eigenen Ideologie über Bord geworfen hat, in der eitlen Hoffnung, damit ihre Reste zu retten. Und was immer die nationalen Sozialisten irgendwo an Entgermanisierungsmaßnahmen initiieren, morgen finden die Kommunisten in den Gemeinden und Bezirken, die sie beherrschen, etwas Radikaleres, etwa die Konfiskation und Beseitigung von Grabsteinen mit deutschen Aufschriften, die heute im Lande im Schwange ist.

Zwischen den beiden konkurrierenden Gruppen der nationalen Sozialisten und der Kommunisten (von den Kollaborationisten können wir hier absehen) steht die tschechische Sozialdemokratie; ihre Wiedergeburt nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus war nicht leicht. So sehr breite Massen der tschechischen Arbeiter an ihrer alten Partei hingen, und so freudig sie ihrem Rufe zu folgen bereit waren, so schwierig war es, 1945 in Mitteleuropa die Fahne des unverfälschten demokratischen Sozialismus aufzupflanzen. Daraus erklärt sich das Schwanken zwischen den beiden Extremen, zwischen den beiden andern Massenbewegungen, die miteinander nach Vorherrschaft rangen und ringen. Daraus erklärt sich, daß es die tschechische Sozialdemokratie vorzog, in dem alleinigen Dilemma, in dem sie sich befand, in der heiklen deutschen Frage, keinen Standpunkt zu beziehen, der vom tschechischen Volk kaum verstanden worden wäre und den Konkurrenzgruppen Agitationsstoff geboten hätte. In der deutschen Frage opfert man eben am leichtesten ideologische Bedenken, und die deutschen Genossen dazu, den taktischen Erwägungen des Tages. Immerhin muß gesagt werden, daß die tschechische Sozialdemokratie sich im wesentlichen darauf beschränkt hat, den von Benesch einerseits und den Kommunisten anderseits gesteuerten antideutschen Kurs mitzumachen, ohne eine besondere Initiative zu entfalten. Daß tschechische Parteifunktionäre sich wiederholt bemüht haben, einzelnen ihrer deutschen Gesinnungsgenossen «unter der Hand» zu helfen, soll ebensowenig geleugnet werden, wie, daß sie nirgends gewagt haben, sich der ideologischen Verwirrung *prinzipiell* entgegenzustemmen und in ihrer eigenen Hilfsbereitschaft einen bewußten und politischen Akt internationaler sozialistischer Solidarität, statt eines bloßen Freundschaftsdienstes, zu sehen.

*

Wie ist nun die gegenwärtige Situation in der Tschechoslowakei? *Bei aller Anerkennung aller sonstigen Leistungen des heutigen Regimes auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet* muß doch gesagt werden, daß die Regelung des Verhältnisses

zwischen Tschechen und Slowaken in den mehr als zwei Jahren, die der Befreiung des Landes erfolgten, auch nicht den allergeringsten Fortschritt gemacht hat. Wir können in diese sehr verwickelte Problematik hier nicht weiter eingehen, aber so viel muß gesagt werden, daß es bisher nicht den leisesten Schein eines Einverständnisses darüber gibt, wie man die Retortengeburt des «Nationalstaates» in die Wirklichkeit umsetzen soll; darum wird in diesem Punkt einfach «weitergewurstelt». Die Slowaken halten die Machtpositionen, die sie den Tschechen abgetrotzt oder abgelistet haben. Auch wenn das niemand öffentlich zugibt und wohl auch in Zukunft niemand zugeben dürfte, ist es schon vielen Einsichtigen klar, daß diese Staatskonzeption politisch nicht durchschlagskräftig genug ist, um die wirtschaftlichen Bedenken betreffend ihre Lebensfähigkeit zu ersticken. Das einzige, was bisher in der Richtung des Aufbaus des Nationalstaates erzielt worden ist, ist negativer Natur: die Eliminierung des Großteils der deutschen Bevölkerung von mehr als 3 Millionen und die völlige Entrechtung des zurückbleibenden Restes. Wir wollen nicht die Erinnerung an die ersten Wochen nach der Befreiung heraufbeschwören, in denen es zu Exzessen kam, die jetzt – nach Ablauf von zweieinhalb Jahren – in der Presse zugegeben und gerügt werden. Wir wollen nicht untersuchen, inwieweit die Behauptungen, daß der Transfer der Deutschen nach Deutschland human und geordnet vor sich gegangen sei, berechtigt sind, denn es ist unwesentlich, ob die paar Tage des Transportes mehr oder weniger komfortabel verbracht wurden. Die einzig wesentliche Erwägung kann nur sein, daß es unmenschlich ist, Menschen, nicht darum, weil sie etwas auf dem Gewissen haben, sondern weil sie einer bestimmten Nationalität angehören, mit Gewalt aus ihrer Heimat zu vertreiben, insbesondere ohne ihnen eine andere geben zu können oder auch nur geben zu wollen. Doch dies mag heute ein abgeschlossenes Kapitel sein oder als solches betrachtet werden; die Hoffnungen der in Bayern und in der russischen Zone Deutschlands zwangsangesiedelten Sudetendeutschen auf Rückkehr in die Heimat sind eitel. Wir wollen von den Verhältnissen ausgehen, wie sie durch den Abtransport von etwa 2,5 Millionen deutscher Bewohner der Tschechoslowakei geschaffen worden sind, und da kann man nur feststellen, daß es den Machthabern zwar gelungen ist, die Deutschen – nicht nur die Nazi – vollkommen zu entmachten, sie zu bloßen Objekten der Politik zu machen, das Land gründlichst zu entgermanisieren, daß es ihnen damit aber nicht gelungen ist, das innerstaatliche deutsche Problem zu lösen. (Wir sehen da ganz davon ab, die außenpolitische Seite der Frage zu betrachten: nach wie vor leben die Tschechen in der Nachbarschaft der Deutschen, unter denen sich aber heute viele befinden, die durch das ihnen subjektiv und objektiv angetane Unrecht unversöhnliche Feinde der Tschechen geworden sind.) Es gibt immer noch Hunderttausende Deutsche im Staat. Ihre wahre Zahl ist statistisch kaum erfaßbar, weil sich viele heute zum Deutschtum einfach nicht mehr bekennen, was in einem Land leicht möglich ist, in dem Hunderttausende von Menschen Mischehen entstammen oder in Mischehen leben und je nach der wechselnden politischen Situation zu jener Nationalität hinneigen, die von Staats wegen begünstigt wird. Bei manchen kann man diese Anpassungsfähigkeit als Charakterschwäche bezeichnen. Die Schuld daran liegt aber bei dem Staat, der den Bürger zum Lügen zwingt, indem er auf das Bekenntnis der Wahrheit die schwersten wirtschaftlichen Sanktionen setzt, die heute praktisch einem Todesurteil gleichkommen; denn kein Deutscher kann heute auf dem Boden der Tschechoslowakei

seinem normalen Beruf nachgehen, es sei denn, daß er ein unentbehrlicher Facharbeiter ist. Wie dieser «nationale Flugsand» auf ein neuerliches Erstarken des deutschen Nationalismus, das die Tschechen mit Recht fürchten, aber mit den unrichtigen Mitteln bekämpfen, reagieren dürfte, ist kaum zweifelhaft. Es gibt aber auch andere Deutsche im Lande, die sich nicht auf irgendwelche «rassische» Beziehungen zum tschechischen Volk berufen können; es gibt Facharbeiter, die man im Lande belassen hat, ohne ihnen aber irgendwelche Rechte zu geben – kein Koalitionsrecht, keine Gewerkschaften! –; es gibt natürlich Nazi unter ihnen, und sie werden gleich gut und gleich schlecht behandelt wie die sozialistischen Todfeinde der Nazi. Viele von den Antifaschisten sind «freiwillig» nach Deutschland gegangen, weil sie sahen, daß sie im eigenen Lande nicht mehr zu existieren vermögen. Die sogenannte «freiwillige» Auswanderung wurde Sozialdemokraten und Kommunisten unter etwas günstigeren Bedingungen ermöglicht als dem Rest der deutschen Bevölkerung: sie durften etwas mehr mitnehmen, aber das zurückgelassene Vermögen verfiel ebenso wie das der Nazi der Konfiskation. Trotzdem möchten viele Tausende noch heute lieber ins deutsche Elend gehen, als in der Heimat zu verbleiben; doch die Okkupationsbehörden Deutschlands wollen, und von ihrem Standpunkt aus mit Recht, weiteren Zuzug nicht mehr zulassen. Die tschechoslowakische Regierung verkündete zwar noch im Oktober 1947, daß sie weitere 100 000 Personen nach Deutschland abschieben wolle; man kann aber doch annehmen, daß es zu weiteren Menschentransporten nicht kommen wird. Was soll mit den – schätzungsweise – 500 000 Deutschen geschehen, die es im Lande noch gibt? Noch nicht ein einziger konstruktiver Vorschlag ist von tschechischer Seite ausgesprochen worden, und selbst der wohlwollendste tschechische Publizist hat keinen andern Einfall, als daß man diese Menschen entnationalisieren und «tschechisieren» solle. Durch Verbot aller deutschen Zeitungen, durch Sperrung aller deutschen Schulen und durch Ausmerzung jedes deutschen Wortes ist ja hier schon viel Vorarbeit geleistet worden, aber ist es nicht bezeichnend für die Nachkriegsatmosphäre in Europa, daß man die kaltblütig geplante gewaltsame Entnationalisierung einer Menschengruppe als ganz natürlich, ja als eine Art Vorzugsbehandlung gegenüber der Austreibung ansieht?

Anderslautenden Behauptungen gegenüber sei festgestellt, daß im Wesen zwischen den einzelnen Kategorien von Deutschen – Nazi, Nichtnazi, Antinazi – nur negativ unterschieden wird, daß man zum Beispiel deutsche Juden nur im Anfang gewaltsam nach Deutschland transportiert hat. (Es ist traurig genug, daß viele «freiwillig» das Leben im heutigen Deutschland dem in der Heimat, die einmal der Staat Masaryks war, vorziehen und sich drängen, nach Deutschland gehen zu dürfen!) Positive Lebensrechte werden aber in der heutigen Tschechoslowakei keinem einzigen Deutschen zugebilligt, auch wenn es sich um einen militanten Kämpfer gegen Hitler handelt. Das führt zu Konsequenzen, die so grotesk sind, daß sie ein Außenstehender leicht als «Greuelmärchen» abzutun geneigt ist. Es gibt kaum einen Tschechen, der nicht deutsche Verwandte hätte, und es ist daher kein Wunder, daß von den antideutschen Maßnahmen des Regimes viele Verwandte von tschechischen Ministern mitbetroffen wurden, so zum Beispiel sämtliche Verwandte mütterlicherseits des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Vizepremiers Fierlinger, des einstigen Gesandten in Bern, dessen Mutter eine Deutsche war. Fast hätte man auch die letzte lebende Verwandte des berühmtesten tschechischen Komponisten Smetana nach

Deutschland abtransportiert. Zu den traurigsten Kapiteln gehören die Schicksale jener tschechoslowakischen Deutschen, die von Hitler ins Konzentrationslager geworfen worden waren und alle Martern überstanden hatten, um im Mai 1945 in ihre Heimat zurückzukehren, die ihnen inzwischen zur Fremde geworden war. Man fordert von ihnen zunächst einen Nachweis ihrer tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft, aber ihre begründeten Gesuche um Ausstellung entsprechender Dokumente bleiben meist unerledigt. Ohne Bürgerrechtsnachweis ist der Bürger heute verloren; aber der gleiche Staat, der diesen Nachweis verlangt, verweigert dessen Ausgabe dort, wo es sich um einen heute unerwünschten (weil deutschsprechenden) Bürger handelt. Die kalte Ausbürgerung ist das kollektive Schicksal vieler Opfer des Dritten Reiches, denen man heute in der Tschechoslowakei die primitivsten Menschenrechte abspricht, weil ihre Muttersprache Deutsch ist.

Die wirtschaftlichen Folgen des Abtransportes der Deutschen sind für die Tschechoslowakei katastrophal. Wenn man es auch nur indirekt eingesteht, leidet der Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes doch schwer unter dem dadurch hervorgerufenen Arbeitermangel, und es ist eine Ironie der Geschichte, daß der von der Regierung verkündete Zweijahresplan im Bereich des Bergbaues nur dort erfüllt werden konnte, wo es noch eine gewisse Anzahl deutscher Bergarbeiter gibt: im Falkenauer Revier in der Nähe von Karlsbad. Mit einem gigantischen Kräfteaufwand ist es den Tschechen zwar gelungen, die ärgsten der entstandenen Lücken zu füllen; trotzdem sind aber infolge der Aussiedlung der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung weite Landstriche unbebaut geblieben, was die Auswirkungen der heurigen Trockenheit auf die Ernährungssituation wesentlich verschärft hat, gar nicht zu reden von der Schädigung des Exportindustrien. Nicht einmal diese so evidenten Tatsachen haben aber zu einem Erwachen der wirtschaftlichen Vernunft geführt: man transferiert die verbliebenen Deutschen im Lande herum, schafft sie «aus Sicherheitsgründen» aus den Heimatorten, in denen ihre Arbeitskraft benötigt wird, ins Landesinnere und ruft dadurch Situationen hervor, wie sie in der folgenden Zeitungsnotiz charakterisiert werden:

> «Die nationalisierte Strumpffabrik in Warnsdorf teilt mit, daß sie wegen fühlbaren Mangels an Arbeitskräften die Strumpferzeugung wesentlich einschränken mußte, obwohl noch 70 000 Kilo der notwendigen Rohstoffe auf Lager sind. Alle Deutschen aus Warnsdorf müssen binnen drei Wochen ins Landesinnere übersiedeln.» (Ende September 1947.)

*

Einigermaßen anders als die deutsche Frage steht die ebenfalls ungelöste ungarische, denn während die Deutschen nur Objekt der Politik sind, nimmt sich der ungarischen Minderheit in der Slowakei die ungarische Regierung sehr energisch an, eine Regierung, in der Kommunisten und Sozialdemokraten ebenso dominieren wie in der tschechslowakischen. Trotzdem ist bisher jeder Versuch der Verständigung zwischen den beiden an der sturen und Vernunftsgründen unzugänglichen tschechoslowakischen Haltung gescheitert. In der Slowakei leben etwa 750 000 Ungarn, vielfach auch hier wieder in enger Symbiose auch familiärer Natur mit der slowakischen Mehrheit. Trotzdem besteht die Tschechoslowakei auf der Überführung aller Ungarn nach Ungarn und auf ihrer Ersetzung durch Slowaken, die bisher in Ungarn lebten.

Die ungarische Regierung mußte schließlich einem Abkommen zustimmen, das sie zur Aufnahme einer ebensogroßen Zahl von Ungarn aus der Slowakei verpflichtete, als sich Slowaken freiwillig zum Transfer in die Slowakei melden sollten. Von den 150 000 bis 200 000 Slowaken, die in Ungarn leben, meldeten sich relativ viele, nämlich gegen 100 000, zur Umsiedlung, nicht so sehr aus Nationalbewußtsein, als unter dem Druck der damals in Ungarn herrschenden Hungersnot. Inzwischen haben sich die Verhältnisse konsolidiert, kaum 70 000 Slowaken erklärten sich tatsächlich umsiedlungsbereit, und letzten Endes ließen sich tatsächlich nur gegen 40 000 verpflanzen. Die gleiche Anzahl von Ungarn wurde transferiert. Die tschechoslowakische Forderung, Ungarn möge durch den Friedensvertrag zur Aufnahme von 200 000 weiteren Ungarn aus der Slowakei verpflichtet werden, wurde von der Pariser Konferenz nicht angenommen, und eine Einigung über diesen Punkt zwischen den beiden Regierungen, wie sie der Friedensvertrag vorsieht, scheint heute kaum möglich: Ungarn besteht auf der Wiederherstellung der Minderheitenrechte für die Ungarn in der Slowakei, die Tschechoslowakei auf ihrer Entfernung. Da man sie bisher nicht über die Grenze jagen konnte, hat man zu dem Auskunftsmittel gegriffen, sie wenigstens aus ihren Heimatorten zu verjagen: eine große Zahl von Ungarn wurde als Zwangsarbeiter in den entvölkerten Bezirken Böhmens angesiedelt. Der Rest soll «reslowakisiert» werden, was einer schamhaften Umschreibung einer gewaltsamen Entnationalisierung gleichkommt. 1919 und 1920 hat man eigene Minderheitsschutzverträge geschaffen, um jeder gewaltsamen Entnationalisierung vorzubeugen, 1947 nimmt es die Welt ruhig hin, daß Entnationalisierung offen zugegeben wird: außer in Ungarn hat sich noch keine Stimme des Protestes dagegen erhoben. Die Ungarn in der Tschechoslowakei sind natürlich ebenso wie die Deutschen – und auch da einschließlich der Sozialisten und Kommunisten – aller Rechte beraubt, ihrer Schulen, ihrer Zeitungen, ihres öffentlichen Lebens, des freien Gebrauchs ihrer Sprache. Welche wirtschaftliche Schäden der tschechoslowakische Justamentsstandpunkt anrichtet und wie viele menschliche Tragödien er auf dem Gewissen hat – das kann hier nicht alles verzeichnet werden.

Die papierene Konzeption des «Nationalstaates der Tschechen und Slowaken» schließt sogar eine vernünftige Regelung der Frage der polnischen Minderheit aus, obwohl es sich um Slawen handelt und obwohl es nach Überwindung großer Schwierigkeiten sogar zum Abschluß eines Freundschaftsabkommens zwischen der Tschechoslowakei und Polen kam. Die hauptsächlich in dem hart umstrittenen Teschener Gebiet lebenden Polen sind meist Bergarbeiter, und trotz dem Mangel an Bergarbeitern auf der tschechischen Seite wurde immer wieder von der Tschechoslowakei aus der Austausch dieser Polen gegen die Tschechen aus Polen propagiert, die fast durchweg Landwirte sind. Schließlich mußte sich die Tschechoslowakei in einem Zusatzprotokoll zu dem erwähnten Bündnisvertrag dazu bequemen, den Polen auf ihrem Gebiet im Wege der Reziprozität die Möglichkeiten der nationalen, politischen und kulturellen Entfaltung einzuräumen. Bisher hat man freilich noch nicht daran gedacht, auch nur eine polnische Volksschule einzurichten, während Polen mit der Errichtung von Schulen für die dortige tschechische Minderheit schon begonnen hat.

Abschließend kann man also sagen, daß auf dem Gebiete der Tschechoslowakei heute noch in größeren Mengen Deutsche und Ungarn (und in kleinerer Zahl auch Polen) leben, die im wahrsten Sinne des Wortes eine Pariaexistenz führen. Sie sind

vollkommen rechtlos, sie haben keine Bürgerrechte, selbst in dem Ausnahmsfalle nicht, daß sie sich mit einer gültigen Bescheinigung ihrer Staatsbürgerschaft auszuweisen vermögen; sie haben keinen legalen Vertreter ihrer Interessen; sie haben überhaupt keinen Rechtsanspruch, weder auf Spitalbehandlung noch auf die Leistungen der Sozialversicherung, weder auf den ungestörten Besitz ihrer Wohnung noch auch nur auf das Verweilen im Heimatsort oder auf die Ausübung eines Berufes. Ihr Vermögen ist in den meisten Fällen konfisziert oder zumindest blockiert, und, was das ärgste ist, es scheint Staatsraison zu sein, daß das für alle Zukunft so zu bleiben hat. Unter den betroffenen Personen befindet sich eine relativ bedeutende Zahl von sogenannten Nichtariern, die die rassische Verfolgung durch den Nazismus überlebt haben, denen man aber jetzt unter der perversen Begründung, sie seien Deutsche (oder Ungarn), die Rückgabe des von den Nazi beschlagnahmten Vermögens und die Gewährung der primitivsten Lebensmöglichkeiten verweigert.

*

Die von uns beschriebenen Maßnahmen zielen auf die völlige Ausschaltung von Menschengruppen hin, deren einziges «Verbrechen» die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität darstellt. Sie werden durchgeführt von einer Regierung, die trotz der Mitarbeit bürgerlicher Parteien als im Wesen sozialistisch bezeichnet werden kann. Läßt sich denn diese Politik irgendwie in eine sozialistische Weltauffassung einfügen? Die Verantwortlichen weisen je nach Bedarf auf die Untaten des Nazismus hin oder auf die unwiderstehliche Kraft des neu erwachten Nationalismus der slawischen Nationen als eine Bahnbrecherin des gesellschaftlichen Fortschritts schlechthin. Sie übersehen gerne den Widerspruch, dessen sie sich schuldig machen: entweder ist diese Politik entschuldbar unter Hinweis auf die Verbrechen der Hitler und Himmler, oder sie ist an sich gut und richtig, in die Zukunft weisend und den Weg zu einer sozialistischen Welt ebnend. Wenn wir alles beiseite lassen, was bloße nachträgliche ideologische Verbrämung von Schritten ist, die aus Gründen eines flachen Opportunismus unternommen worden waren, dann müssen wir nüchtern feststellen, daß für einen wahren Sozialisten schon die ganze Basis der in der Tschechoslowakei (und anderswo) getroffenen Maßnahmen unannehmbar bleiben muß. Sie beruhen auf der Annahme der kollektiven Verantwortung eines Volkes, also auf einer nazistisch-faschistischen Idee, die als Grundlage einer sozialistischen Nationalpolitik anzunehmen sich unser Gewissen sträuben muß; gerade am tschechoslowakischen Beispiel hat es sich gezeigt, zu welchen Auswüchsen die konsequente Anwendung dieser These führt. Noch wäre es vorzeitig, die ideologische Bilanz aus den Ereignissen der Nachkriegsjahre zu ziehen und sie mit dem klassischen Gedankengut der sozialistischen Theorie zu konfrontieren. Aber eines kann heute schon ausgesprochen werden, weil die Erfahrungen die ewige Wahrheit dieser Erkenntnis nur erhärtet haben: daß es nicht genügt, den deutschen Nationalsozialismus durch einen antideutschen nationalen Sozialismus zu ersetzen. Das Reich des wahren Sozialismus wird nur dort errichtet werden können, wo man ausgeht von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.